

Hunderttausende unserer Parteimitglieder ideologisch zu schulen. Es kann selbstverständlich nicht die Aufgabe dieser Bildungsabende sein, vor einer z.T. ungeschulten Zuhörerschaft eine philosophische Vorlesung über den historischen Materialismus zu halten. Das ist die Aufgabe unserer Landes- und Provinzschulen und vornehmlich unserer Parteihochschule. Der politische Bildungsabend soll den Mitgliedern Rüstzeug für den Tageskampf geben und sie über unsere großen Ziele und Aufgaben unterweisen. Er muß einfach, klar und überzeugend sein.

Durch die Kreisschulen sollen in 14 Tageskursen fortlaufend 40 bis 50 Parteimitglieder ausgebildet werden. Es ist anzustreben, daß jeder Kreis eine eigene Schule besitzt. Im Organisationsaufbau der Bildungsarbeit unserer Partei kommt der Kreisschule eine zentrale Bedeutung zu. Hier muß darum eine große Zahl von Funktionären theoretisch ausgebildet werden. Wenn es gelingt, die Bildungsarbeit in den Kreisschulen aller Kreise mit dem Anfang des neuen Jahres zu beginnen, dann ist es möglich, in den nächsten sechs Monaten etwa 160 000 bis 180 000 Funktionären ein marxistisches Rüstzeug zu vermitteln.

Es ist ferner vorgesehen, in allen Ländern und Provinzen eine Landes- und Provinzschule durchzuführen, die aus

jedem Kreis mit zwei bis drei Mitgliedern beschiedt wird. Diese Schule soll die besondere Aufgabe haben, in 3 bis 3½ Wochen die Lehrer für die Kreisschulen auszubilden. Die Landes- und Provinzschulen haben bisher schon mit Erfolg gearbeitet. Es wurde beschlossen, ihre Dauer auf drei Monate zu verlängern, um den Schülern genügend Zeit zum Selbststudium zu geben.

Die Krönung der politischen Bildungsarbeit der Partei bildet die Karl-Marx-Parteihochschule. Auf ihr werden die Schüler in einem Halbjahreskursus mit dem Wesen und den Grundbegriffen des Sozialismus vertrautgemacht und zu selbständiger Arbeit im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus herangeführt werden.

Die Organisationsformen für eine umfassende politische Bildungsarbeit der Partei sind damit geschaffen. Es ist Aufgabe der Parteiorganisationen und der Mitgliedschaft, diese von der Partei geschaffenen Bildungsmöglichkeiten lebensvoll und erfolgreich auszuwerten. Die Partei wird die in der Zukunft vor ihr stehenden großen politischen Aufgaben lösen, wenn in der Mitgliedschaft und bei den Funktionären über Weg und Ziel ihres politischen Kampfes die notwendige ideologische Klarheit und Einheit vorhanden ist. Sie zu schaffen, muß die Aufgabe der nunmehr beginnenden politischen Schulung der Partei sein.

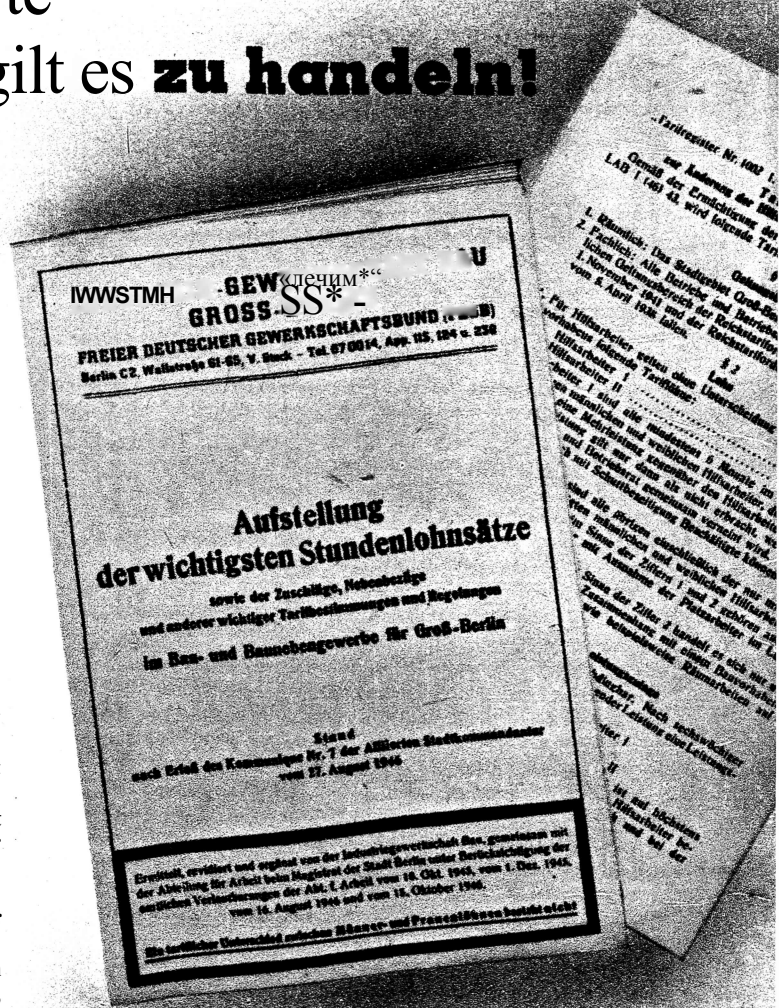
Genug der Worte — jetzt gilt es **zu handeln!**

Als am 17. 8. 46 der Befehl Nr. 253 der Sowjetischen Militäradministration den Frauen und Jugendlichen in der Sowjetzone die Verwirklichung der jahrzehntealten sozialistischen und gewerkschaftlichen Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ brachte, flutete eine Welle von Begeisterung und Zustimmung durch die Reihen der Sozialisten und durch die werktätige Bevölkerung. In der praktischen Durchführung zeigten sich jedoch Unklarheiten, Widerstände, Verzögerungen und auch ablehnende Auffassungen, die geklärt und beseitigt werden müssen. Auch bei einem Teil der Mitglieder und Funktionäre unserer Partei sind noch immer unklare Auffassungen über die sofortige Verwirklichung dieser alten Frauenforderung zu finden.

Zuerst wollen wir feststellen, daß es „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ heißt und nicht „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“. Mit Recht sagt Genosse Merker in einem im „Neuen Deutschland“ vom 4. 10. 46 erschienenen grundsätzlichen Artikel zu diesem Thema:

„Es ist eine Durchkreuzung der Absichten des Befehls und eine Schädigung der Interessen der Frauen und Jugendlichen, wenn der Inhalt des Befehls ohne Überlegung auf die Formel ‚Gleicher Lohn für gleiche Leistung‘ reduziert wird, denn in Wirklichkeit besagt er viel mehr als das“.

Wer von der falschen Formulierung nicht abgeht, stellt sich in dieser Frage praktisch auf den Boden der LDP. In ihren Wahlflugblättern hat diese bürgerliche Partei bewußt die Fassung „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ für Frauen und Jugendliche benutzt, um dadurch die kapitalistischen Interessen zu schonen. Stets hatten die Unternehmer bei Tarifverhandlungen die Angleichung der Frauen- und Jugendlichenlöhne an die Männerlöhne bzw. der Gehälter mit der Begründung abgelehnt, daß die Frauen und Jugendlichen nicht dasselbe leisten. Ist es denn Zufall, daß z. B. im Handel die männlichen Angestellten von den Frauen und diese wieder von den Jugendlichen verdrängt wurden? Die letzten hundert Jahre waren das Zeitalter der Ablösung von Männerarbeit durch billigere Frauenarbeit in Industrie, Handel und Verwaltung.



Der neue Tarifvertrag für das Baugewerbe in Groß-Berlin garantiert Frauen bereits den gleichen Lohn der Männer für gleiche Arbeit